

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Dienstag, 24. März 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: R. Hoffe, Haackstein & Vogler, G. L. Daube,  
J. W. Böhmer, Berlin, Bernh. Arndt, Mar. Gerlingmann,  
Eberfeld W. Thiemens, Greifswald G. Müller, Halle a. S.  
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,  
William Wiffens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 23. März.

### Deutscher Reichstag.

67. Plenar-Sitzung vom 23. März,  
1 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Bachem (Ztr.) will dem Gesetzentwurf zustimmen, aber ohne sich auf die Voraussetzungen des Bundesraths festzulegen.

Abg. v. Kardorff (Np.) betont, daß die Regelung der Währungsfrage eine Lebensfrage für Deutschland und insbesondere für die deutsche Landwirtschaft sei.

Abg. v. Namacher (Ntl.) bemerkt, es sei noch keinem Virentisten der Nachweis gelungen, daß die Nothlage der Landwirtschaft auf die Währungsverhältnisse zurückzuführen sei; der vorliegende Gesetzentwurf sei eine glückliche Lösung der schwebenden Differenzen.

Abg. Richter (Fr. Np.) ist der Ansicht, der Gesetzentwurf über die Schuldentilgung zeige, daß man einer automatischen Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten nicht bedürfe.

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen. In der Spezialdiskussion wird beim Etat für die Schutzgebiete der Antrag der Abg. Prinz v. Arenberg (Ztr.) und v. Kardorff (Np.), den Posten des Kommandeurs der Schutztruppen als fünfzig wegzufallen zu bezeichnen, angenommen.

Beim Etat des Reichsamts des Innern erklärt auf Anfragen aus dem Hause der Staatsminister v. Bütticher, die Reichsregierung habe die Absicht, die sie mit der Vorlegung des Gesetzes zur Bekämpfung der Unzufriedenheit verfolgt habe, nicht aufzugeben. Mit der Frage der Berufsvereine sich zu beschäftigen, habe der Bundesrath noch keine Veranlassung gehabt.

Eine Resolution des Abg. Sacke (Konf.), nach welcher in den nächsten Etat 50 000 Mark zur Unterstützung von Handwerkerhülfsstellen eingestellt werden sollen, wird abgelehnt, eine von dem Abg. v. Boddie (Konf.) beantragte Resolution bezüglich der Errichtung von Versuchsanstalten zur gründlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche angenommen.

Bei dem Etat für die Heeresverwaltung bringt Abg. v. Majow die Entwendung des Gnadenklassen vom 18. Januar zur Sprache.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Niemandem kann die vorzeitige Veröffentlichung dieses Gesetzes unangenehm sein, als mir selbst, denn ich war verantwortlich, daß der Erlaß nicht vor dem 18. veröffentlicht werde. Wenn das doch geschähe, dann müßte ich die Schuld auf mich nehmen. Ich sage kein Wort zu meiner Verteidigung und bemerke nur: ich habe Maßnahmen getroffen, welche aller menschlichen Voraussicht nach solche Stände nicht wieder vorkommen lassen. Der Fall ist jedenfalls typisch für die bei uns bestehenden Zustände, denn er zeigt, daß die Sozialdemokratie im äußersten Maße fähig und verderblich auf die Bevölkerung einwirkt. Was sie als einen harmlosen Vertrauensbruch hinstellt, das kennzeichnet sich bei näherer Betrachtung als ein gemeiner Diebstahl und Hehlerei. Ein solcher gemeiner Diebstahl wird wünschenswert als Kulturfortschritt angesehen. Der „Vorwärts“ hatte die Hoffnung ausgesprochen, es werde nicht gelingen, den Dieb zu ermitteln, und ging aus dem „Vorwärts“ hervor, daß es sich gar nicht um einen politischen Zweck gehandelt hat, sondern nur um geldgierige Anekdoten, man wollte den Eindruck erwecken, als ob man beim „Vorwärts“ Verbindung mit den höchsten Kreisen habe. (Widerstand bei den Sozialdemokraten, worauf der Kriegsminister die betr. Stelle des „Vorwärts“ verliest.) Früher waren die drei Entwerfer des Gnadenklassen vielleicht ganz ehrliche Leute, bevor sie Sozialdemokraten waren, jetzt sind sie nicht mehr ehrliche Leute, und die Verantwortung dafür trägt die Sozialdemokratie. Sie mögen sich ein Weichen schütteln, aber die Verantwortung bleibt auf Ihnen hängen! Die drei Leute haben bei der Vorunterzeichnung gestanden, sie haben mit großem Affirmement zu Werke gegangen. Bis zur Hauptverhandlung haben sie dann Privatunterricht erhalten, sie stellen sich auf einmal, als seien sie wie Lämmlein weiß wie Schnee. Bei den Richtern hat ihnen das aber nichts genützt, sie wurden verurtheilt und damit bewiesen, daß die Schule des Verbrechens noch keine Berechtigung zum Diebstahl gewährt. Redner geht dann noch auf einige von Bebel in zweiter Lesung vorgebrachten Fälle von Mißhandlungen in der Armee ein, um die Bebel'sche Darstellung zu widerlegen. Selbst angeblich Mißhandlungen, so leicht er, haben sich noch hinterher vertrauensvoll an Vorgesetzte bezw. frühere Vorgesetzte gemeldet. Dieses Vertrauen steht in diametraler Gegensatz zu der Willkür und Ungeheuerlichkeit, die nach Angabe Bebel's in der Armee herrschen soll. W. H., ich hoffe, Sie werden mir darin beistimmen: die Armee ist erhalten über die Angriffe Bebel's. Und auch erhalten über alle die anderen Anwürfe, die von sozialdemokratischer Seite alljährlich, zum Theil in meiner Person, gegen die Armee gerichtet worden sind. (Sehr lauter Beifall rechts.)

Abg. v. Liebknecht (Soz.): Als der Gnadenklassen „Vorwärts“ gedruckt war, habe ich gesagt, es wäre besser gewesen, er wäre nicht gedruckt. Aber heute sehe ich, der Reichstag hat getroffen. (Lachen.) Sie (zur Rechten) haben so lange Zeit gebraucht, um einen Leitz und Hammerstein zu entfernen; jetzt wollen Sie die Schale ihres Jornes anschießen über drei junge Leute, die geglaubt haben, sich ein Verdienst zu erwerben! Uns stehen diese jungen Leute doch höher als der Salnte, der noch bis vor Kurzem der Mann ihres Vertrauens war. Auch der Staatsanwalt Dröschler enthielt sich über die Veröffentlichung solcher Aktenstücke, aber ich erinnere an die Veröffentlichung der von einem Prinzenberg dem damaligen Prinzen von Preußen gestohlenen Aktenstücke; an einem Hochverratsprozeß gegen mich und Bebel veröffentlichte der Staatsanwalt zahlreiche Aktenstücke, ebenso in dem Falle Antoine. Der Staatsanwalt sagte, uns hänge der Diebstahl des Gnadenklassen an den Nachhöfen, ihn hängt Leitz, Peters, Hammerstein an den Nachhöfen und die wird er auch nicht los. (Lachen und Bravo!)

Abg. v. Lenzmann bemerkt auf die Darlegungen des Kriegsministers über den Fall Schöler, daß die Bezugnahme des Ministers auf seine (Redners) Darlegung von der Sache unzutreffend gewesen sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Ander bemerkt Generalmajor Geminien, der Bezug von Staatskohlen stelle sich ungehörig zum Theil noch niedriger als der Bezug englischer Kohlen auf dem Wasserwege.

Abg. Bebel: Eine Regierung, die mit ihren Geheimfonds Durchstreichereien treibt, wie wir aus ausländischen Prozessen erfahren haben (Präsident v. Bülow unterbricht den Redner, dieser Vorwurf gegen die Regierung sei unzulässig), eine solche Regierung soll sich gegenüßer mit ihrer Moral nicht aufspielen. Redner geht dann noch einmal auf die vom Kriegsminister besprochenen Fälle ein, seine erste Darstellung überläßt aufrecht erhalten.

Abg. Graf v. Limburg (L.): Es hat sich auch heute bei Herrn Bebel wieder gezeigt, daß er Thatsachen aus dem Zusammenhange reißt und sie entstellt gruppiert und darstellt. Diese Methode Bebel richtet sich selbst.

Abg. Frh. v. Stumm (Np.): Ein Verbrechen, das der Richter mit monatlangem Gefängniß ahndet, hier als verächtliche That darzustellen, das ist ungeheuerlich. Anständige Leute verurtheilen das Verbrechen in jedem Falle; wir haben das auch bei Hammerstein und Leitz gesehen; über Peters wissen wir noch nichts Neues. Herrn Bebel's Bahrheitsliebe erscheint in einem zweifelhaften Lichte.

Abg. Bebel: Wer im Glashaufe sitzt, wie Herr Stumm, der sollte nicht mit Steinen werfen. Niemand ist in den letzten Wochen so oft demontirt, als Herr v. Stumm. Das Urtheil wegen des Gnadenklassen ist vom politischen Parteigeist beeinflusst. (Präsident v. Bülow erklärt die Kritik gerichtlicher Urtheile unzulässig.) Die Rechte hat die Schandthaten Hammersteins gekannt und doch keine energischen Maßnahmen gegen ihn getroffen, sondern ihn in die Umklezstommission geschickt. (Präsident v. Bülow ruft den Redner wegen dieses Vorwurfs gegen Mitglieder des Hauses zur Ordnung.)

Bundeskommissar Major Gade stellt einige früher von dem Abg. Bebel behauptete, angeblich im Bezirkskommando Saarbrücken vorgekommene Unregelmäßigkeiten der Militärbehörde richtig.

Abg. Liebknecht (Soz.) vertheidigt sich gegen den Vorwurf v. Stumms, er habe den Diebstahl vertheidigt; das sei nicht wahr. Die Debatte wird geschlossen.

Bei dem Kapitel „Bau und Unterhaltung der Festungen“ bemerkt der

Bundeskommissar Generalleutnant von Falkenhäusen gegenüber den Anregungen der Abg. Loke und Zimmermann (Antifem.), daß die Befestigung der Festung Königstein dem Publikum aus Gründen der Sicherung militärischer Geheimnisse nicht gestattet werden kann.

Der Rest des Militärstats wird genehmigt. Sodann verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Schuldentilgungsgezet (in 2. und 3. Lesung; mit letzterer erklärte sich das Haus widerprüdlos einverstanden) und Fortsetzung der 3. Staatslesung.

Schluß 7 Uhr.

### Eine ungerechte Anklage.

Der Direktor der Kolonialabtheilung, Dr. Kayser, hat in seinen Reichstagsreden zum Fall Peters wiederholt erwähnt, daß der Bericht des Gouverneurs v. Soden 1892, durch welchen die Regierung zuerst über die belagerten Thatsachen am Klimalandshagen kenntlich erhielt, sich auf Angaben eines englischen Missionars stütze. Dieser Missionar habe sich aber mit den feindlichen Säuptingen gegen die Deutschen verschworen gehabt. Somit glaubt also die Kolonialbehörde noch immer an die gegen Missionar Steggall erhobenen Vorwürfe, obwohl seine Missionsgesellschaft, welche ihn damals nach Hause rief, ihn schon seit zwei Jahren auf seinen Kosten in Tazeta wieder eingekauft hat. Die Beschuldigungen gegen denselben sind offenbar unwiesene Behauptungen geblieben. Während Steggall nach der Wilowischen Katastrophe, die er vergeblich durch Warnen und Zureden zu verhüten sich bemüht hatte, auf Sodens ausdrücklichen Wunsch den Säuptling Meli, unter dessen Freundschaft und Ungezogenheit er selbst und sein Werk am meisten zu leiden hatten, zur Annahme der deutschen Friedensbedingungen zu bewegen suchte und den Offizieren v. Mantuffel und Johannes die schätzenswerthe, dankbar anerkannte Dienste leistete, erwiesene zuerst in denselben Zeitungen die bekannnten Anklagen, Meli sei von der englischen Mission aus mit Pulver und Blei unterstützt und zum Widerstande ermuthigt worden. In den folgenden diplomatischen Verhandlungen lehnte zwar der Gouverneur v. Soden jede Verantwortung für die Zeitungsangaben ab und ließ sich auf keine Erörterung der erhobenen Vorwürfe ein, aber er verlangte kurz und bündig im deutschen Interesse, daß die Mission sofort sich von Meli's Zureden ziehe. Eine Weigerung wurde neue kriegerische Unruhen zur Folge haben. Angestrichen solcher Alternative und da auch Sir Portal um des lieben Friedens willen zum Nachgeben rief, ordnete Bischof Tuder die Ueberföbelung nach Tazeta, dem auf englischen Gebiete gelegenen bisherigen Filiale, an. Das genügte aber Herrn von Soden nicht. Er beschwerte sich, daß Missionar Steggall von Tazeta aus den Verkehr mit Meli fortsetze und ihm Munition liefere. Bei dem hartnäckigen Verachte von deutscher Seite glaubte selbst Lord Roberson der Missionsgesellschaft den Rath geben zu müssen, daß sie auch Tazeta aufgebe. Man konnte sich aber nicht entschließen, die eben reisenden Freiliche langjähriger Missionarbeit ohne weiteres aufzugeben. Nur Steggall wurde beurlaubt und eintheilen durch einen anderen ersetzt.

Im Missionsblatte hieß es damals: „Man sieht nicht ein, daß man verpflichtet sein soll, soviel Rücksicht auf die sonderbaren Ansichten deutscher Beamten zu nehmen, welche, wie zu befürchten ist, ihre Konflikte mit den Eingeborenen durch ihre eigenen Handlungen und durch ihre Art mit ihnen umzugehen, hervorgerufen haben.“ Wie richtig das hier ausgesprochene Urtheil über die Ursachen der Konflikte sein muß, davon wird sich Dr. Kayser aus dem Fall Peters und aus den bekannnten Erklärungen des Herrn v. G. G. längst überzeugt haben. Wie er selbst mittheilt,

hat Steggall schon 1892 über das Auftreten von Peters sich beschwert. Ist es zu verwundern, daß Peters den Freund der Eingeborenen als seinen Feind und als Gegner der deutschen Sache ansah? Uebrigens ist Steggall ein tüchtiger und eifriger Missionar. Seine Zöglinge haben in Tazeta eine Kirche für 200 Hörer erbaut, einen 1/4 Stunde langen Kanal zur Feldberieselung gegraben und den früher wüsten Platz zu einem wahren Garten umgeschaffen. Auf seiner Druckerpresse steuert Steggall Vermittel für das Volk; die vier Evangelien und mehrere andere Bibeltheile in der Landessprache sind in London gedruckt worden. Man hat nicht gehört, daß die jetzigen deutschen Beamten am Klimalandshagen über ihn zu klagen hätten. Die verlassene Mission im Dschaggaland ist dann von der Leipziger lutherischen Missionsgesellschaft übernommen worden.

### Der Panzerneubau 1. Klasse „Erlaß Friedrich der Große“.

Der einzige Panzerneubau unserer Flotte, den der Staatsentwurf der Marineverwaltung für das Jahr 1896—97 forderte, und der auch vom Reichstag dieser Tage bewilligt worden ist, wird nach Plänen erbaut werden, die in der Konstruktionsabtheilung des Reichs-Marineamts entworfen sind. Es wird dies der zweite Panzererlassbau für eines unserer älteren Panzerschiffe sein, für den aus dem Jahre 1874 stammenden Gürtelpanzer „Friedrich der Große“, nachdem der erste Erlassbau „Preußen“ sich schon seit dem Frühjahr v. J. im Bau befindet. Wie dieser wird auch „Erlaß Friedrich der Große“ der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen zum Bau in Auftrag gegeben werden, jedoch der Wilhelmshafener Werft bis auf Weiteres nur der Panzerneubau unserer Kriegesflotte zufällt.

Ueber die Bauausführung dieses neuesten Panzererlassbaues werden uns folgende nähere Angaben gemacht: „Erlaß Friedrich der Große“ wird als ein Gürtelpanzer erbaut, dessen Panzergürtel sich in einer Länge von 1/4 der Gesamtlänge des Schiffsrumpfes, vom Bug aus gerechnet, erstreckt. Am Achtertheil des Panzeres zieht sich zum Schutz gegen einfliegende Treffer etwas unterhalb der Wasserlinie ein gewölbtes Panzergeschütz hin. Die Dicke des Gürtelpanzers wird als Maximalstärke 300 Millimeter, als Minimalstärke 150 Millimeter betragen, indem sich der Panzerschutz nach vorne und achtern verjüngt; der Panzerquerschnitt beträgt 200 Millimeter.

Vor und hinter dem Mittelaufbau des Schiffes erhält „Erlaß Friedrich der Große“ zwei gepanzerte Barbettthürme, die durch einen Panzerschutz von 250 Millimeter Stärke gesichert sind. In diesen Thürmen werden, zu je zwei, 4 24 Zentimeter lange Ringkanonen als Hauptbatterie installiert. Außer diesen Barbettthürmen erhält das Schiff Panzerbrechthürme zur Aufnahme von 15 Zentimeter-Schnellfeuergeschützen, die eine Dicke von 150 Millimeter haben. Ein anderer Theil dieser Geschützkasse, von welcher das Schiff 18 Stück an Bord nehmen wird, soll hinter Einzelgeschützen installiert werden, deren Panzerschutz gleichfalls 150 Millimeter stark sein wird. Das Panzerdeck, welches sich über die ganze Schiffslänge spannt, wird eine Dicke von 75 Millimeter haben. Außerdem werden die Munitionsaufzüge und die Kommandostände noch einen Panzerschutz erhalten. Das gesamte Baumaterial des Schiffskörpers bildet Stahl, das der vertikalen Panzerung Harwoodstahl.

Die Hauptdimensionen von „Erlaß Friedrich der Große“ sind: Länge zwischen den Berpendikeln 115 Meter; größte Breite 20,4 Meter und der mittlere Tiefgang bei voller Ausrüstung und Beladung 7,832 Meter. In Folge dieser Dimensionen wird die Wasserverdrängung des Panzers etwas über 11 000 Tonnen betragen; die Maschinenleistung des „Erlaß Friedrich der Große“ ist auf 13 000 indische Pferdekrafte berechnet, durch welche der Panzer gegen 18 Seemeilen in der Stunde zurückgelegt wird (gegen nur 16 Seemeilen bei den Schiffen der Brandenburg-Klasse). Wie alle unsere neuen Kriegsschiffe, bauten wird auch „Erlaß Friedrich der Große“ drei Schrauben erhalten, deren eine am Mittelsschiff angebracht wird, während die beiden anderen seitlich zu liegen kommen. Die gesamten Maschinen und Kessel des Panzers werden in völlig getrennten Räumen eingebaut werden, so daß die Bewegungsfähigkeit des Panzers unter allen Umständen gesichert ist, selbst wenn im Ernstfall einige Treffer in diese Räume einfliegen sollten. Durch den berechneten Kohlenvorrath von 750 Tonnen ist dem Schiff ein genügender Aktionsradius gesichert, wenn dieser natürlich auch nicht so groß wie bei den neuen Kreuzern unserer Flotte ist.

Bei den maschinellen Anlagen der Hilfsmaschinen, die für die Bedienung des Schiffes selbst und für jene der Geschütze erforderlich sind, ist die Beugung der Elektricität in umfassendster Weise ins Auge gefaßt.

Die Gesamtarmierung beim „Erlaß Friedrich der Große“ wird bestehen aus: 4 24 Zentimeter-Geschützen L/40, auf doppelten Drehscheiben installiert; 12 15 Zentimeter-Geschützen, Schnellfeuerkanonen hinter gepanzerten Einzelkassettens; 6 Stück Schnellfeuergeschützen derselben Kalibers in gepanzerten Drehschützen; 12 8,8 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen hinter Stahlhüllen; 12 3,7 Zentimeter-Geschützen und endlich noch aus 8 Maschinengewehren.

Die Tafelung des Panzers werden zwei Sechseckmaße bilden, deren Marke armirt sind. Die Torpedoarmerung bilden 6 Panzirtorpede von einer Maximalweite von 45 Zentimeter im Radius. Eines dieser Torpede wird im Heck und im Bug, je zwei an der Steuer- und Backbordseite des Panzers eingebaut.

Für den Panzererlassbau ist durch den Etat für 1896—97 als 1. Rate eine Million Mark bewilligt. Die Gesamtkosten des Schiffes werden 11 200 000 Mark betragen, einschließlich der Kosten der Probefahrten in Höhe von 180 000 Mark.

Wie „Erlaß Preußen“, wird auch „Erlaß Friedrich der Große“ bis zu seiner Vollendung einen Zeitraum von vier Jahren in Anspruch nehmen. Aus diesem Grunde wird auch folgende

ein Theil der schweren Armierung in Bestellung gegeben werden müssen, deren Gesamtkosten auf fünf Millionen veranschlagt worden sind.

Aus diesen Konstruktionsbedingungen erhellt, daß „Erlaß Friedrich der Große“ einen bei Weitem höheren Gefechtsvertheil aufweisen wird, als die vier Panzer der Brandenburg-Klasse, wenn bei diesen auch die Hauptarmierung aus 6 Stück 23 Zentimeter-Ringkanonen besteht. Dagegen hat bei diesem Neubau eine erhebliche Verstärkung der größeren Kaliber der Schnellfeuergeschütze stattgefunden, deren volle verheerende Wirkung man in den japanisch-chinesischen Seetreffen erst kennen gelernt hat.

Von dem Panzer 1. Klasse „Erlaß Preußen“ ist anzunehmen, daß er noch vor Schluß dieses Jahrhunderts seinen ersten Flottendienst thun können, von dem Panzererlassbau „Friedrich der Große“ dagegen schwerlich. Die Kiellegung dieses Panzers soll, wie wir hören, schon im Laufe dieses Sommers erfolgen.

### Deutschland.

Berlin, 24. März. Die Mittheilung in der „Nat.-Lib. Korr.“ über die Einberufung eines allgemeinen Delegirtenkongresses, welche gestern vom Zentr.-Vorstand der national-liberalen Partei beschlossen worden, lautet:

„Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei hielt am Sonntag im Reichstagsgebäude eine mehrstündige Sitzung ab, deren Zweck es namentlich war, über die Veranstaltung des nächsten allgemeinen Delegirtenkongresses Beschluß zu fassen. Das Ergebnis der reiflichen Aussprache über die wichtigen Tagesfragen, wie über die Schwierigkeiten der inneren Lage geht dahin, daß im Spätsommer oder Herbst dieses Jahres ein allgemeiner Delegirtenkongress abgehalten wird, der den Parteigenossen aus allen Theilen des Reiches die Gelegenheit darbieten soll, sich mit der Zentralkommission und den parlamentarischen Vertretern der Partei auszusprechen und sich, wie von seiner Seite im Zentralvorstand bewilligt wurde, über die weitere gemeinsame Arbeit im Dienste der nationalen Interessen und der liberalen Grundanschauungen der Partei zu verständigen. Es wurde ein besonderer Ausschuss zur Vorbereitung des Delegirtenkongresses gewählt, der sich demnächst konstituieren und mit den Vertrauensmännern der Partei in Verbindung setzen wird. Betreffs des Ortes, an welchem der Delegirtenkongress abgehalten wird, liegen vier Einladungen vor, über die der Ausschuss Entscheidung treffen soll. Für die Verhandlungen des Delegirtenkongresses sind in Würdigung der neuerlich gesammelten Erfahrungen mindestens zwei Sitzungstage vorgesehen.“

Dem Hofprediger D. Rogge in Potsdam ist am Sonntag das nachfolgende Telegramm des Kaisers zugegangen:

„Ich verleihe Ihnen heute, am Geburtstag Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters, in dankbarer Erinnerung an Ihre seelsorgerische Thätigkeit im Felzuge 1870—71 hierdurch den Kronenorden 2. Klasse.“

Wilhelm R.“

— Aus Friedrichshagen wird der „Augsb. Abendztg.“ berichtet: Das Geburtstagsfest des Fürsten Bismarck wird am 1. April d. J. im Gegensatz zu den früheren Jahren stiller gefeiert werden. Der Fackelzug, den die Hamburger dem Fürsten in gewohnter Weise alljährlich bringen, wurde, wie schon gemeldet, auch diesmal angenommen; dagegen werden andere Deputationen voraussichtlich nicht empfangen werden. Die ganze Feier wird in diesem Jahre sich auf eine Familienfeier beschränken, zu welcher nur einige wenige intimere Freunde eingeladen werden. Das Allgemeinbefinden des Fürsten Bismarck ist nach wie vor recht zufriedenstellend; allein man ist in der Umgebung des Fürsten erklärtermaßen darauf bedacht, jede Anstrengung von dem Fürsten fernzuhalten.

Wiesbaden, 23. März. Der Kaiser beauftragte telegraphisch am gestrigen Geburtstag Kaiser Wilhelms I. den Landwehrbezirkskommandanten Oberstleutnant von Dettin, sich zum Landgerichtsrath Haas zu begeben, der früher attacher Offizier war und in der Schlacht bei T. Mans durch mehrere Kugeln schwer verwundet wurde, so daß sein linkes Bein amputirt werden mußte, dann aber als Invalid die Jura studierte und seit 1881 Richter am hiesigen Landgericht ist, um diesem mitzutheilen, daß er ihm den Rothern Adler-Orden verliehen habe. Der nachmalige Kriegesverband ernannte den Landgerichtsrath Haas gestern zum Ehrenmitglied und überreichte ihm einen Lorbeerzweig.

Eisenach, 23. März. Die Versammlung deutscher Privatrechts-Lehrer hat nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: 1. Das juristische Studium beginnt mit einer allgemeinen Rechtslehre, insbesondere Privatrechtslehre. 2. Den Vorlesungen über das geltende Privatrecht haben außerdem Vorlesungen über römische und deutsche Rechtsgeschichte, ferner zwei propädeutische, systematische Vorlesungen über die römischrechtliche und deutschrechtliche Grundlage des Privatrechts voranzugehen. 3. Auf Quellen-Gesetze ist nach wie vor hervorragendes Gewicht zu legen. 4. Nach dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches ist das gesamte bürgerliche Recht Deutschlands — mit Ausnahme des Handels- und Wechselrechts — als systematische Einheit zu lehren. Von der Verbindung des Rechts des bürgerlichen Gesetzbuches mit dem übrigen Reichs- und Landes-Privatrecht sind nach bürgerlichem und zeitlichem Bedürfnis der einzelnen Universitäten Ausnahmen zulässig. 5. Nach Aufnahme des bürgerlichen Gesetzbuches unter die Lehrgegenstände bedarf es eines mehr als dreijährigen Rechtsstudiums.

München, 23. März. Die Kammer der Reichsräthe nahm den Gesetzentwurf betreffend die Vertheilung an und genehmigte ferner die Vorlage betreffend den Bau der Bodenzeile Gürtelbahn.

Karlsruhe, 23. März. Auf das gestrige Neiterfest zur Feier der 25-jährigen Kriegeserinnerung des 1. badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20 folgte ein Festmahl, an dem das Offizierskorps, die Veteranen und Mannschaften des Regiments theilnahmen. Der Großherzog erschien gleichfalls und hielt kurz vor dem Verlassen des Banketts eine Ansprache, worin es der „Bad. Presse“ zufolge heißt: „Die Feier, die Sie heute begangen, war zunächst eine Erinnerung an die ruhmreiche Zeit; daß Sie hierherkommen, die

ruhmreiche Zeit kameradschaftlich zu pflegen und von Neuem zu besprechen, ist in hohem Grade erfreulich.“ Nach einem Rückblick auf die Geschichte des Regiments und die von diesem erwiesene Treue sagte der Großherzog, die Erfolge von 1870—71 seien eine Folge der Treue, der Eingebung und Aufopferung gewesen. Wir dürfen aber, meine Freunde, uns heute nicht trennen, ohne eines zweiten Ereignisses zu gedenken. Sie wissen alle, daß wir heute, den 22. März, den Erinnerungstag an den großen Kaiser Wilhelm I. feiern. Wenn wir an diesen hohen Herrn denken, so haben wir auch ein Vorbild treuer Eingebung und treuer Pflichterfüllung, einer Treue sondergleichen. Er war es, der das geschaffen hat, was wir heute feiern dürfen. Mit der Armee hat er das deutsche Reich geschaffen. Denken wir stets daran und die Alle, wenn Sie heimkommen, daß es sich darum handelt, uns dieses große Gut zu erhalten und von ihm fern zu halten alle jene Einflüsse, die das Bestehende vernichten und verderben wollen. Hieran festzuhalten will ich in zwei Aussprüchen erinnern: „Sei getreu bis in den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben“ und den letzten Ausspruch des großen Kaisers „Ich habe keine Zeit, müde zu sein“. Diese wollen wir uns zum Vorbild nehmen, niemals Zeit haben, müde zu sein, immer bereit sein zu edlen Thaten und Kämpfen. Zum Abschiede bitte ich Sie noch, mit mir diejenigen zu gedenken, der dormalen unser Kaiser und Kriegsherr ist. Ich fordere Sie auf, mit mir zu rufen: Unser Kaiser und Kriegsherr, Hurrah!

### Frankreich.

Paris, 23. März. Bei der Verathung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer in der Deputirtenkammer spricht sich Dr. Hopteau für den Entwurf aus, während jedoch einige Abänderungen. Turrel bekämpft den Gesetzentwurf, dessen Unzulänglichkeiten er in längerer Rede nachweist; er würde die Auswanderung des französischen Kapitals nach sich ziehen.

### Italien.

Rom, 23. März. Die Lage ist im Allgemeinen unverändert. Der Negus befindet sich bei Abagamus. Das Fort von Abigat verfügt über Lebensmittel und alle sonstigen Erfordernisse zum wirksamen Widerstande. Eine besondere Karawane hat Kleingewerke für die italienischen Gefangenen in das feindliche Lager gebracht. Auf dem Hochplateau macht sich überall Wassermangel fühlbar, so daß man den Negus sehr herbeiwünscht. Der Telegraphenverkehr mit Kaffala besteht, von einzelnen Unterbrechungen abgesehen, fort. Der neue Kommandant der eingeborenen Truppen, Oberst Stevani, marschirt mit zwei Bataillonen Eingeborenen und einer Sektion Artillerie nach dem von italienischen Truppen besetzten Defile von Eadabari.

Rom, 23. März. Der Schatzminister Colombo hat dem Senate den Entwurf der Afrika-Kredite vorgelegt; man glaubt, daß morgen über dieselben verhandelt werden wird. Der Vizepräsident Graf Nigra reist Donnerstag wieder nach Wien zurück.

Die „Opinione“ meldet, daß Rezzmann demnächst wieder in den aktiven Staatsdienst treten wird.

Der „Italie“ zufolge wird der hiesige deutsche Botschafter von Willow morgen nach Neapel gehen und dort die Ankunft des deutschen Kaiserpaars abwarten, um dieselben nach Sizilien zu begleiten.

Genua, 23. März. Der Flügel-Adjutant des deutschen Kaisers Oberst v. Engelbrecht ist hier eingetroffen.

### England.

London, 23. März. Dem „Neuterischen Bureau“ wird aus Kimberley vom 19. d. M. gemeldet: In der Untersuchungssache gegen Garben Williams, den Geschäftsführer der Debeers-Kompagnie, jagte ein Polizeioffizier aus, er habe in den Werthäfen der Debeers-Kompagnie 313 Repetirgewehre, 536 600 Patronen und 1950 Bajonetts vorgefunden. Die Verhandlung wurde dann auf den 2. April vertagt.

London, 23. März. In Antwerpen verläutet, Baron Courcel kehre nach London zurück, um die Zustimmung Frankreichs zur Befreiung der Kosten des Dongolazuges aus der Schuldentafel zu erhalten, aber gewisse Bedingungen daran zu knüpfen. Die britische Regierung solle einwilligen, daß Einmündigkeit unter den Mächten nothwendig für die Verwendung eines der die Schuldentafel bildenden beiden Fonds.

Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte, das Budget werde am 16. April vorgelegt werden.

### Serbien.

Belgrad, 23. März. Aus Belgrad wird berichtet, daß die Königin Natalie, die gegenwärtig mit ihrem Sohne in Nisch weilt, nicht unbedingt erkrankt sei. Es habe sich bei ihr Putauswurf und eine Affektion des Herzens gezeigt. Sobald die Königin sich etwas besser finden wird, soll sie auf ärztlichen Rath ein milderes Klima aufsuchen.

### Afrika.

Johannesburg, 1. März. Das so erfolgreiche Auftreten Deutschlands bei Gelegenheit der kirchlichen Revolution hat unter der englischen Bevölkerung Transvaals sehr viel böses Blut und eine stark antideutsche Stimmung verursacht. Diefelbe äußert sich namentlich darin, daß förmlich: englisch gefärbte Mäntel sich in Angriffen gegen alles Deutsche überleben und auf alle mögliche Art und Weise zu beweisen suchen, wie sehr Deutschland auf die Freundschaft Englands angewiesen sei und wie verwerthendes Interesse dasselbe überhaupt an Transvaal habe. Man droht, das ganze englische Kapital aus dem Land zu ziehen und letzteres sich selbst zu überlassen. Die Minen werden aufgefordert, ihre Beistellungen bei englischen Firmen zu machen, und auf der Straße werden massenhaft Zettel vertheilt mit der Aufschrift: „Boycott the Germans“. Es wäre nun etwas schwierig, die deutschen Firmen vollständig zu umgehen, da thatsächlich fast alle großen Geschäfte Deutschen gehören. Wie es scheint, haben diese Heckerien auch wenig Erfolg gehabt, aber vielleicht nur den, die deutsche Bevölkerung in engere



